

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 1

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

Nach Genf

«Ich habe mein Herz und meinen Geist durchsucht nach Worten, die ich hier sagen könnte und die jedermann überzeugten von der grossen Aufrichtigkeit der Vereinigten Staaten bei den Versuchen, dieses Problem der Abrüstung zu lösen.» Das ist ein wörtliches Zitat aus den Ausführungen des amerikanischen Präsidenten an der Genfer Konferenz – allerdings nicht des Präsidenten Reagan, sondern des Präsidenten Eisenhower, und nicht am Genfer «Gipfel» von 1985, sondern an dem von 1955. Der sowjetische Gegenspieler von damals, Bulganin, hatte in derselben Sitzung der «Grossen Vier» – der britische Premier Eden und der französische Ministerpräsident Faure gehörten in jener Zeit noch dazu – eine abgestufte Bestandesreduktion der Streitkräfte, das Verbot und die etappenweise Vernichtung der Nuklearwaffen, einen Teststopp und eine freilich nur sehr vag umschriebene internationale Kontrolle vorgeschlagen. Also geschehen und gesprochen vor gut dreissig Jahren, am 21. Juli 1955.

Damals ging zum ersten Mal nach dem Untergang des Völkerbundes der «esprit de Genève» wieder um, allerdings nicht für sehr lange und mehr als ein Propagandabegriff denn in politisch fassbarer Gestalt. Als ein solcher Begriff ist er nach dreissig Jahren Unsichtbarkeit nun wiedererstanden.

Es hätte wenig Sinn, die Konstellationen von 1955 mit denen von 1985 zu vergleichen. Sie sind nur bedingt

vergleichbar. Näher liegt die Feststellung, dass das Problem, das damals neben der Deutschlandfrage als vorrangig erkannt, herausgestellt und wenigstens verbal angegangen wurde, nämlich der Komplex Sicherheit - Abrüstung - Gleichgewicht, auch heute, nach dreissig Jahren, noch immer von einer Lösung weit entfernt ist, noch immer oben auf der Traktandenliste der Mächte steht. Seine Lösung jetzt oder für die allernächste Zukunft und von einer Art Durchbruch in persönlicher Diplomatie zu erwarten, würde den Erfahrungen einer ganzen Generation widersprechen. Wir haben es offenkundig mit einer überaus zähen *pièce de résistance* der internationalen Politik zu tun.

Eine zähe *pièce de résistance*

Nicht, dass es an Anläufen zur Problembewältigung gefehlt hätte. Die analytischen Untersuchungen zur Sache, die sich inzwischen freilich erheblich fortentwickelt hat, füllen Bibliotheken, die diplomatischen Positions- und «Fall-back»-Papiere, Annäherungs- und Teillösungsvorschläge Archive, und in ernsthafte wie in fiktive Verhandlungen darüber sind, nach den Begriffen der Betriebsökonomie, unzählige «Mann-Jahre» investiert worden. Der kreissende Berg hat bisher, wenn man die Gespräche zwischen den Weltmächten als den (einzig) rele-

vanten Sektor nimmt, wenig mehr als die Mäuslein von Salt I und Salt II geboren – beides keine Abrüstungsabkommen, sondern Vereinbarungen partieller Beschränkung künftiger Weiternüistung, das letztere nicht einmal durch formelle Ratifikation in Kraft gesetzt.

Auch nicht, dass die Welt darüber zugrunde gegangen oder in einem wesentlichen, objektiv feststellbaren Grade unsicherer geworden wäre. Sicherheit beruht nach wie vor oder in noch ausschliesslicher Weise als zuvor auf der Furcht aller, auch und namentlich der Grossmächte selber, vor dem «grossen» Konflikt, europäische Sicherheit darauf, dass ein «kleiner» Konflikt in dieser für das globale Gleichgewicht entscheidenden Zone unausweichlich den grossen mit sich führen müsste. Sein Risiko ist nicht berechenbarer, die Abschreckwirkung im Zeichen der seit 1955 eingetretenen nuklearen Parität nicht geringer geworden.

Dabei hat diese furchteinflössende und so stabile Konfrontation beiderseitiger kriegverhindernder Abschreckmacht in diesen dreissig Jahren eine lange Reihe akuter Krisen im Verhältnis der beiden Welt- und Nuklearmächte überdauert, Krisen, die ohne diese Barriere der Abschreckwirkung jedenfalls teilweise leicht in offene Konflikte hätten umschlagen können: ungarischer Aufstand und Suezkrise 1956, Berlin 1958 und 1960–1963, Kuba 1964, Vietnam 1966–1975, Prag 1968, Ostafrika, Angola in den siebziger Jahren, Nah- und Mittelost fast pausenlos. Ausgerechnet im Entspannungsjahrzehnt nach 1970 hat die Sowjetunion ihre «konventionelle» Rüstung zu Land, See und Luft in einer

gewaltigen Anstrengung forciert ausgebaut und ihr nukleares Zerstörungspotential auf den Gleichstand mit dem amerikanischen gebracht. Das «Gleichgewicht», nicht identisch mit «Parität» und kein tiefgefrorener Zustand, sondern ein labiler wechselhafter Prozess, pendelte sich auf einer im Vergleich zu den fünfziger Jahren massiv erhöhten Basis der kriegerischen Machtmittel ein.

Die Schwierigkeit des *quid pro quo*

Nicht nur der grosse Konflikt ist nicht ausgebrochen. Auch der günstige Augenblick für eine umfassende und dauerhafte sicherheits- und rüstungs-(bzw. abrüstungs-)politische Verständigung hat sich in diesen bewegten Jahrzehnten der Mächte-Auseinandersetzung nie einstellen wollen, auch nicht in den Entspannungsphasen dieser Ära.

Die Gründe dafür, dass die Gelegenheit einer Generalbereinigung sich nicht ergab, sind einzusehen. Einer davon, ein selten ausgesprochener, liegt darin, dass keiner der beiden in einem Moment eigener Schwäche die Stärke des andern sozusagen festschreiben wollte – und will. Und in der langen Liste der Auseinandersetzungen war stets, wenn auch wechselnd, einer der Schwächere.

Sodann ist in Rüstungs-, Sicherheits- und Gleichgewichtsfragen schon die Definition des *quid pro quo*, des ausgewogenen Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung enorm komplex. Der Rückzug einer sowjetischen Division aus der DDR nach Weissrussland ist nicht gleichwertig dem Rückzug einer amerikanischen Division aus

der Bundesrepublik über den Atlantik, die Dislozierung einer mobilen Raketenrampe hinter den Ural nicht gleichwertig dem Abbau einer festen im Schwarzwald, die Trident-Rakete auf einem Unterseeboot hat ein anderes strategisches Gewicht als das Megatonnenkaliber eines Interkontinental-Missiles.

Die Schwierigkeiten, Konzessionen im Rahmen unterschiedlicher und hochdifferenzierter strategischer Systeme objektiv gegeneinander abzuwagen, sind unabsehbar. Sie führen zu ebenso unabsehbar komplizierten Gleichungen oder, so in den schon viele Jahre dauernden Wiener Verhandlungen über eine «*gegenseitige ausgewogene Truppenreduktion*» (MBFR), zu einem kontroversen «Erbsenzählen».

«Gleiche Sicherheit für alle»

Entscheiden werden über die Zugeständnisse und Kompromisse jedoch nicht die Experten und nicht die Computer, sondern die verantwortlichen Politiker. Auch sie werden auf einem ausgewogenen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung ihrerseits bestehen müssen, damit sie sich zuhause rechtfertigen können. Abrüstung bis zur einseitigen Entwaffnung kann oder konnte gegebenenfalls ein Sieger dem Verlierer diktieren. In der Verhandlung zwischen zwei gleichberechtigten Partnern aber gilt das Gleichheitsprinzip, auf das sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion schon 1961 mit der Formel der «*gleichen Sicherheit für alle*» festgelegt haben. (Gemeinsam haben sie dann allerdings im internationalen Atomsperervertrag dieses Gleichheitsprinzip gegenüber Drit-

ten auf Orwellsche Art abgewandelt: Sie haben die atomaren Habenichtse zur Verpflichtung auf nukleare Abstinenz geradezu genötigt, ihnen gegenüber aber selber lediglich eine rein theoretische, nie ernst genommene Pflicht, nämlich die «*Bemühung*» um einen Abbau der Atomwaffen, übernommen. («*All animals are equal, but some are more equal than others.*»)

Politik in höchstem Masse sind aber nicht erst Rüstungs- und Sicherheitsvereinbarungen, sondern schon die Verhandlungen darüber, mögen sie noch so sehr nach Expertenstreit aussiehen. Verhandlungsverweigerung und Verhandlungsbereitschaft waren im Vorfeld der neuen Genfer Runde bedeutsame politische Signale und Instrumente der west-östlichen Auseinandersetzung zugleich.

Und nicht nur der grüne Tisch ist politischer Kampfplatz, sondern mit der Publizität, die man ihm gibt, die ganze Öffentlichkeit. Es ist ein Kampf mit ungleichen Spiessen insofern, als nur auf der einen Seite eine vielstimmige, schwierige, verletzliche, unberechenbare Öffentlichkeit im Spiel ist. Auf der andern Seite ist das Publikum sprachlos, von aussen schwer erreichbar, von innen manipuliert und ohne Einfluss auf den Lauf der Dinge.

Die Öffentlichkeit und das «Denken des Undenkbaren»

Wie bringt man einer jeder Kontroverse und Propaganda ausgesetzten westlichen Öffentlichkeit die scheinbaren, aber unter Umständen entscheidenden Subtilitäten und die Widersprüchlichkeiten einer Logik bei, wie sie die Sicherheitsproblematik im

Atomzeitalter, das «*Denken des Un-denkbar*en» durchziehen – einer Logik, in der Sicherheit auf der Drohung des Unterganges und auf der Unsicherheit der Risikoberechnung beruht?

Die Öffentlichkeit ist anfällig für Suggestionen, die das Komplexe einfach erscheinen lassen, oft blind für Kurzschlüsse und also ein günstiges Objekt politischer Beeinflussung. «*Moratorium*» und «*Freeze*», Verzicht auf den atomaren «Erstschlag» kommen ihr als einleuchtende, bei «gutem Willen» realisierbare Rezepte einer einfachen, abkürzenden Prozedur zur Sistierung des Rüstungswettkaufs vor.

Die Konsequenzen derart einfacher Rezepte jedoch sind schwerer zu durchschauen: Fixierung eines Ungleichgewichts und Schwächung der Abschreckung, Aushöhlung der Strategie zur Verteidigung Europas, die ja nur gerade für ein paar Tage zur «konventionellen» Abwehr eines Angriffs fähig und danach auf Atomwaffen angewiesen wäre, wollte sie eine Überrollung des Kontinents verhindern. Und wer denkt beim attraktiven Vorschlag einer 50prozentigen Reduktion der Atomwaffen daran, dass in der verbleibenden Hälfte noch immer eine mehrfache «*Overkill*»-Kapazität stecken, die generöse Offerte also keineswegs gewährleisten würde, dass aus der Welt ein Ort grösserer Sicherheit und geringerer Probleme würde.

Verteidigung statt Abschreckung?

Eben die unheimliche Massierung von nuklearer Zerstörungskapazität, die im Zeichen der Abschreckstrategien in den Arsenalen der Mächte angeschwollen ist und die nicht nur die öffentliche

Meinung beunruhigt, hat den Ruf nach einer alternativen Sicherheitspolitik laut werden lassen. Ihm hat Reagan mit seinem Entwurf einer «*Initiative strategischer Verteidigung*» (SDI) Rechnung getragen. Auch sie ist mit der Verlagerung der Sicherheitspolitik von Abschreck- und Vergeltungswaffen auf reine Verteidigungs- und Abwehrinstrumente, von Offensivkraft auf Defensivstärke ein einfacher Gedanke, dem man seine Komplexität nicht auf den ersten Blick ansieht. Aber immerhin einer, der nicht nur die Fassaden, sondern schwer entzifferbare Strategien selber zu vereinfachen verspricht – sofern er sich technisch realisieren lassen sollte.

Politisch bedeutet der SDI-Gedanke vorläufig Öl ins Feuer der Kontroverse. Als neues Thema überlagert er das alte vom «*Gleichgewicht des Schreckens*». Könnte er den Weg zu einem Abbau der hypertrophierenden Abschreckrüstung unter Erhaltung der Sicherheit weisen? Der Weg würde über eine äusserst anspruchsvolle, wenn auch alternativ auf Defensive gerichteten Rüstungsrunde führen, und dabei würden die Hauptmittel bisheriger Sicherheitspolitik entwertet. Zukunftsvisionen mit neuen Hoffnungen, mit der Aussicht auch auf neue Probleme, geraten in Konkurrenz zu Gegenwartsrealitäten, die ihrerseits als drückend und zugleich schwer korrigierbar empfunden werden.

Auch Reagans Entwurf ist aus der alten und bei allen fliessenden Wechseln doch dauerhaften politischen Szene nicht zu lösen: aus der Szene der west-östlichen Konfrontation, die nach wie vor mehr ist als blosser Machtkonflikt, und in dessen Zentrum Europa bleibt. Von ihrer Geburts-

stunde an ist die SDI nicht nur eine sicherheitspolitische Idee, sondern ein zusätzliches Objekt der europäischen Option für oder gegen weitere und stärkere Bindung an Amerika und ein Vehikel im vierzig Jahre alten Kampf um diese Verbindung gewesen.

Stilwandel?

Das also ist, in groben Zügen und lückenhaft umschrieben, das Problem-paket gewesen, das in Genf zwischen den beiden Grossmachtrivalen und -partnern auf dem Tisch lag. Es ist inspiert worden, aber es liegt auch nach dem 20. November noch unverändert da. Die beiden Chefs haben festgehalten, dass ihre Meinungen und politischen Absichten in den Kardinalpunkten der Rüstungspolitik nach wie vor gegensätzlich oder mindestens unterschiedlich sind und dass noch «viel Arbeit» nötig sei, wenn man sich näher kommen wolle. Doch haben sie das Rüstungs- und Sicherheitsproblem als ein gemeinsames adoptiert, und sie haben ihre Feststellungen freundlich lächelnd getroffen. Ihr Lächeln ist denn auch für das Publikum das eigentliche und soweit einzige Resultat von Genf.

Es ist *nicht nichts*. Anders denn als ein beabsichtigtes Signal ist es im Rahmen einer so penetranten globalen Medien-Show nicht zu deuten. Das Signal meldet guten Willen und Umgänglichkeit. Aber im Unterschied zu bisher, wo jeder diese Qualitäten für sich reklamierte und sie dem anderen absprach, attestiert man sie sich jetzt mindestens bildlich gegenseitig. Ein neuer Stil der Auseinandersetzung? Es wird sich erst noch erweisen müssen,

ob man es mit einer dauerhaften Form zu tun hat. Im übrigen kann auch die Form sehr wohl Waffe sein.

Dass namentlich russische Propaganda in oft raschem Wechsel bald warm, bald kalt bläst, daran hat man sich in Jahrzehnten gewöhnt. Der Wechsel in Genf fällt aber durch seine Abruptheit doch auf. Das ganze Vorspiel hindurch hatte Moskau die andere Seite als nicht verhandlungswillig denunziert, kategorisch den Verzicht auf die SDI geradezu als Bedingung für alles Weitere gefordert, die Schuld an einer eventuellen, schon fast vorweggenommenen Resultatlosigkeit ausschliesslich Washington aufgeladen und die ihm zugänglichen Meinungssektoren Europas und Amerikas ganz schön polemisch aufgeheizt.

Aber dann hat der Machthaber selber, ohne dessen Zustimmung und Willen dieses aggressive Präludium kaum denkbar gewesen wäre, eben diese Resultatlosigkeit, einschliesslich des verweigerten Verzichts auf SDI, mit mildem Lächeln und dem Versprechen quittiert, sich weiterhin zu bemühen. Er hat damit sein eigenes Propagandaorchester von einem Augenblick auf den andern umgestimmt. Warum? Alibi für eine spätere Krise, gute Miene zu einem bösen Spiel, Aspiration auf das internationale Image eines ehrlichen Maklers für den Frieden? Das Rätsel ist bisher nicht überzeugend gelöst, die Entschlüsselungsversuche bleiben allzu spekulativ.

Katastrophenverhinderung – eine politische Leistung

Auf sicherem Boden ist man hingegen mit der Einsicht, dass das Pensum, das

die Protagonisten ernsthaft anpacken wollen bzw. auf jedem Fernsehschirm der Welt anzupacken versprochen haben, nicht mit blossem Stilwandel zu bewältigen ist – sollte er wirklich eintreten. Seine Komplexität liegt nicht nur in der Verflechtung aller Abrüstungs- mit allen Sicherheitsfragen. Sie wird noch einmal geradezu potenziert dadurch, dass das Ganze aufs engste mit der west-östlichen Auseinandersetzung schlechthin, mit ihren machtpolitischen und ordnungspolitischen Konflikten, ihren divergierenden Vorstellungen von Wertordnungen, von Herrschaft, Führung, Autorität, von Freiheit und Zwang, ihren gegensätzlichen Interessen verbunden und verknotet ist.

Ein harmonisierter sicherheitspolitischer Dauerzustand zwischen West und Ost würde eine weitgehende Normalisierung der politischen Zustände, eine permanente Entspannung würde die Beseitigung der Ursachen der Spannungen voraussetzen. Das wäre wohl ein utopisches, allzu hoch greifendes Weltverbesserungsprogramm.

Auch wenn der in Genf nun zum so und sovielten Male wieder aufgenommene Prozess einer Neubegründung von Sicherheit auf niedrigerer Rü-

stungsbasis Fortschritte machen, wenn er nicht wieder durch politische Einbrüche à la Afghanistan gestört oder unterbrochen werden sollte, auch dann wird er so hoch angesetzte Erwartungen schwerlich erfüllen. Mit Glück mag er ins eine oder andere Partialarrangement nach der Art bisheriger Vereinbarungen münden, aber sicher nicht in den ewigen Frieden und nicht so bald in stabile Neuordnungen von der Dauerhaftigkeit, wie sie vor 170 Jahren der Wiener Kongress einleitete. Auch partielle Vereinbarungen mögen, wie man gesehen hat, eine gewisse politische Entspannung zur Folge haben oder erlauben; und man kann nur hoffen, dass sie dann nicht wieder, wie nach 1970, für abermaligen einseitigen Machtaufbau missbraucht werde.

Ob und wieweit man aber über unsern wenig ansehnlichen und vielgeschmähten Zustand des blossen «Nichtkrieges» hinaus ins grosspolitisch «Konstruktive» vordringen wird, ist unsicher – unsicherer als die Leistung der Katastrophenverhinderung, die immerhin mit Händen zu greifen und die vierzig Jahre lang unter zumeist schwer belasteten und oft explosiven Umständen erbracht worden ist.

Fred Luchsinger

Künstler als Beruf?

Zur Gründung des «Forums bildende Kunst»

Die Stiftung *Künstlerhaus Boswil* – mit ihrer Vorgeschichte nunmehr über dreissig Jahre alt – schaltet sich immer wieder aktiv in kulturell wichtige Dis-

kussionen ein. Neben der Beherbergung älterer Künstler werden in der zum Komplex gehörenden alten Kirche im aargauischen Boswil seit Jah-

ren prominente Veranstaltungen besonderer Art durchgeführt: Konzerte, Symposien, Ausstellungen, Tagungen, Experimente in allen Sparten der Kunst. Dabei geht es nicht um den Konsum von Aufführungen. Wichtiger sind regelmässige Tagungen und künstlerische Experimente, die im Kreis von Fachleuten zu einem intensiven Austausch von Erfahrungen und weiter zu einer verstärkten Kommunikation unter den Beteiligten geführt haben. Boswil ist ein Ort geworden des freien Gesprächs, der Begegnung, der kritischen und kompetenten Diskussion. Nicht selten erfahren die gemeinsamen Erörterungen im weiterführenden Berufsalltag eine Vervielfachung und Vertiefung. Ein in Boswil erarbeiteter Konsens hat oft Auswirkungen. Als eigentliches Forum, das Toleranz und gedankliche Freiheit, Anregung und Experiment, Reflexion und Verständigung über traditionelle Grenzen hinweg übt, fehlt Boswil glücklicherweise jeglicher Hang zum Sektiererischen. Nunmehr von über 2000 Mitgliedern jeglicher Herkunft getragen, dokumentiert in Broschüren und Publikationen, regt Boswil – gemäss der ursprünglichen Absicht – zu einem intensiven Austausch an zwischen alt und jung, Meistern und Schülern, Ost und West, Wort, Bild und Musik. Besondere Bedeutung erlangt haben die jährlichen Treffen von Vertretern bestimmter Berufssparten, die im kontinuierlichen Gespräch versuchen, ihre öffentliche Geltung zu fördern und Antworten auf akute gesellschaftliche Tendenzen zu finden. So haben Gespräche zu «*Kunst im öffentlichen Raum*» bereits viermal, solche zu «*Theater und Theaterkritik in der Schweiz*» bereits dreimal stattgefunden. In Boswil, so lässt sich

plakativ sagen, sind Gespräche möglich, die sonst nicht stattfinden würden. Umgekehrt: Gespräche, die sonst nicht stattfinden würden, werden nach Boswil getragen.

Das soll nicht heissen, dass Boswil einfach Räume zur Verfügung stellt. Im Gegenteil: die Stiftung selber betreibt aktiv Programmarbeit. So auch im Falle des Symposiums «*Künstler – ein Beruf ohne (Aus-)Bildung?*» vom 13. und 14. November 1985. Eingeladen haben der Stiftungsrat des Künstlerhauses und der Vorstand der Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten (GSMBA). Diskutiert haben 60 Künstler, Lehrer und Schüler der Schulen für Gestaltung, Publizisten und Museumsleiter, Vertreter von Behörden und Bildungsinstituten über den Zustand der Künstlerausbildung in der Schweiz. Unbestritten und schnell festgestellt war der Mangel einer qualifizierten höheren Ausbildung der Künstler in unserem Land. Nicht minder unbestritten allerdings war die Ablehnung des vorab formulierten Vorschlags, diesem Missstand mit der Gründung einer nationalen Akademie abzuheften, deren Realisierung man mit deutlicher Erwartung des allgemeinen Kultur- und Finanzschubs im Rahmen der CH 91 nahelegen wollte. An der Tagung ergaben die Referate und Gespräche zum Stand der Ausbildung, zu den Erfahrungen aus Schulen, Museen sowie Künstlerbiographien schnell, dass die Gründung einer Akademie wohl nicht allein dem Föderalismus zu wenig Rechnung trage, sondern vor allem kein taugliches Instrument sei, die Anerkennung der Berufsrolle des Künstlers zu fördern. Die Forderung einer Akademie wurde fallengelassen. Statt dessen

wurde am zweiten Tag noch ein «*Forum bildende Kunst*» gegründet, das den ursprünglichen Gedanken an die dezentralen Schulen anschliessen, als Sprachrohr und Koordination dienen möchte, die Künstlerausbildung auf höherer Stufe zu fördern und gesamtschweizerisch die Rolle des Künstlers in der Gesellschaft zu stärken. Wie lässt sich diese Absicht begründen? Worum geht es einer Qualifikation der künstlerischen Tätigkeit? Warum soll die Rolle des Künstlers neu als Berufsrolle konzipiert werden? Antworten darauf liegen, ausgehend vom konkreten Berufs- und Ausbildungsalltag, letztlich in der Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung. Der ganze zweite Tag des Symposiums war der Diskussion dieses Aspekts gewidmet. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass das institutionalisierte Selbstverständnis der Schulen für Gestaltung durch einen kulturellen Wandel revisionsbedürftig geworden ist. Dieser Wandel drückt sich heute deutlich in neuen Technologien aus: Telekommunikation, Informatik, Heimcomputer, Verwendung immer breiterer Bildsimulationen. Die Ausbildung des Künstlers, wie übrigens auch die der «angewandten Gestaltung», setzt dagegen immer noch das handwerkliche Modell der Bildfindung fort. Diese kann heute in keiner Weise Schritt halten mit der Verbreiterung und Vernetzung des Kunstkonsums an der Schwelle zur Freizeitwirtschaft. Die Umweltdiskussion im Anschluss an ökologische Krisen, die sichtbar gewordenen Auswirkungen der technischen Zivilisation, die Krise der Arbeitsgesellschaft, die neue, quartäre, Ökonomie der Freizeitkultur müssen zu einem vermehrten Nachdenken

über Herstellung und Wirkungsweise ästhetischer Tätigkeiten im weiten Sinne führen. Im neuen, noch nicht festgelegten Verhältnis von Arbeit und Freizeit sind Identität und Selbstverwirklichung darauf angewiesen, die Umwelt von der Kultur her neu anzugehen und ein anderes Verhältnis zwischen Umwelt und Kultur zu finden.

In dieser Trendeinschätzung wurde als wichtigste Position genannt, dass die gesellschaftliche Orientierung vermehrt auf Entdeckungen und Einsichten künstlerischer Sensibilität angewiesen sei. Allein durch sie könnten anstehende, offene Verständigungsmöglichkeiten über Lebensformen gefunden werden. Denn die Umrisse einer sich bildenden Kommunikationsgesellschaft – die im Gegensatz steht zu der viel stärkeren Förderung der Medientechnologien – zeichnen sich heute in den Formen einer vielfältigen Ästhetik des Alltags ab. Allein vom Alltag, von den vitalen Bedürfnissen des einzelnen her könnte sich eine demokratische Gesellschaft erneuern. Demokratie wird hier verstanden als eine in Diskussion und Konsens ausgebildete Identität, die wieder auf den Gedanken der Selbstdarstellung des Öffentlichen und damit auf das Konzept einer ästhetisch beförderten Republik zurückgreifen muss.

In einer solchen Gesellschaft fallen dem Künstler dann neue Rollen zu, wenn er die in der Aufspaltung zwischen freien und angewandten Künsten formulierte historische Position mit neuen Funktionen verbinden kann. Dazu bedarf es eines anderen Selbstverständnisses. Der Kult des Genialen und Einzigartigen hat ausgedient. Der Künstler könnte stattdessen exemplarisch vitale Bedürfnisse erproben und

das heute mehr denn je vorherrschende, vermeintlich selbstgenügsame Authentische überprüfbar machen. In dieser Umbruchsituation fällt es den reformierten Schulen für Gestaltung zu, den Mangel an Sinnorientierung in der Gesellschaft aufzugreifen und Vorschläge für eine Verständigung über zukunftsträchtige Gestaltung zu machen. Die Zukunft liegt nicht in der medientechnologischen Ausdehnung und der Multiplikation von Übermittlungskanälen. Sie liegt allein im Umgang mit den Inhalten sämtlicher ästhetischer Prozesse.

Eine offene Gesellschaft – so die Forderung des «*Forums bildende Kunst*» – müsse so offen sein für diese Prozesse, dass sie sie auch hinreichend unterstützt. Die politische Anerkennung der künstlerischen Sensibilität dürfe nicht hinter den gesellschaftlichen Bedürfnissen herhinken. Künftig werde jede postindustrielle Gesellschaft auf die Qualifikation von Kreativität angewiesen sein. Gesellschaft und Staat müssen deshalb den Entfaltungsrahmen für das künstlerische Erneuerungspotential zur Verfügung stellen. Die künstlerische Arbeit, die Kommunikation über Inhalte in Gang setzt, die Künstlerrolle – so der entscheidende praktische Punkt – müsse als Berufsrolle anerkannt werden.

An dieses Postulat schliesst sich in der Sicht des «*Forums bildende Kunst*» eine Reihe von Forderungen an, die durchgängig von allen Schulen für Gestaltung genannt wurden. Die Anerkennung der künstlerischen Tätigkeit beinhaltet im wesentlichen die Sicherung einer gründlichen, freien Kunstausbildung durch verbesserte öffentliche Beitragszahlungen. Eine wesentliche Verbesserung der Infrastrukturen

der bestehenden und im Aufbau befindlichen Abteilungen für freie Kunst der Schulen für Gestaltung, der privaten Kunstschulen und der ESAV Genf sei unerlässlich. Neben einer grundsätzlichen Harmonisierung des Stipendienwesens habe die Ermöglichung des nationalen und internationalen Austausches von Studenten und Dozenten sowie die Einrichtung von Gastsemestern zu treten. Bis jetzt ist es ein wissenschaftshistorischer und -politischer Notstand, dass Forschungen im angewandten Bereich grundsätzlich nicht vorgesehen sind, obwohl die Diskussion um den Methodenpluralismus eigentlich spätestens mit dem Neu-Kantianismus des 19. Jahrhunderts auch zugunsten der Sinndeutungsmethoden der geistigen und ästhetischen Tätigkeit ausgegangen ist. Dringlich sei die organisatorische und materielle Unterstützung von Projekten, Publikationen, Ausstellungen und experimentellen Arbeiten mit neuen Medien ohne kommerzielle Zielsetzung. Alle innovativen Tätigkeiten – damit sind Produkte wie Methoden gemeint – sollen gefördert werden, die öffentlich vermehrt zur Diskussion gestellt werden sollen. Die Forderung, dass innerhalb der Schulen für Gestaltung Forschung betrieben werden kann, bezieht sich auf den bis heute immer noch viel zu wenig bearbeiteten Zusammenhang von Alltag, Kunst, Wissenschaft, technischer Zivilisation. Gerade im Bereich des vermeintlich ausschliesslich Kreativen tut eine interdisziplinäre Forschung not. Das «*Forum bildende Kunst*» versteht dieses Postulat nicht im Gegenzug zum Wissenschaftsbetrieb. Zweifellos nämlich ist die Förderung von Untersuchungs- und Arbeitsmethoden, die für die Sinndeutung der

Gesellschaft wichtig sind, gerade im ausseruniversitären Bereich eine Chance, die den Wissenschaftsbetrieb auch beleben, die Kommunikation verbessern und die besten Ideale des Liberalismus reaktivieren kann. Diesen Idealen gemäss nämlich ist die demokratische Gesellschaft als eine Republik aufzufassen, in der öffentliche Kommunikation und politische Kultur im ganzen aufeinander angewiesen

sind. An ihnen hat – so zumindest die Überzeugung massgeblicher Aufklärungsphilosophen seit Lessing und Kant – die Aufklärung über die ästhetischen Grundlagen des Menschen geschlechts und das Wahrnehmungsvermögen des modernen Menschen in der Perspektive einer praktischen Anthropologie den entscheidenden Anteil.

Hans Ulrich Reck

In den nächsten Heften lesen Sie:

- | | |
|---------------------------|--|
| <i>Khalid Durán:</i> | Geschwächter «Islamismus» |
| <i>Viktor Meier:</i> | Die jugoslawische Krise |
| <i>Urs Schöttli:</i> | Pakistans Schicksalsstunde |
| <i>Walter Wittmann:</i> | Sozialpolitik und Selbstverantwortung |
| <i>Alois Riklin:</i> | Zivilcourage |
| <i>Christian Lutz:</i> | Wertschöpfung gegen die Natur |
| <i>Peter Atteslander:</i> | Zur Geschichte der Schweizer Gewerkschaften |
| <i>Erwin H. Hofer:</i> | Das Völkerrecht in der internationalen Politik |

Schweizer Auswanderer in Andalusien

- | | |
|---------------------------|--|
| <i>José Manuel López:</i> | Spanien zur Zeit Karls III. (1759–1788) |
| <i>Rudolf Bolzern:</i> | Ursachen der Auswanderung und Agrarverhältnisse im 18. Jahrhundert |
| <i>Hans Hutter:</i> | Verbreitung und Verteilung der Schweizer Auswanderer in Andalusien |

*

- | | |
|----------------------|--|
| <i>Andreas Kley:</i> | Anatol Stiller – der Kleinbürger im Kleinstaat |
|----------------------|--|